

Trotz Einigung: Streit um Salz-Pipeline geht weiter

Sieben Bundesländer legen Weser-Plan fest

veröffentlicht am 17.03.2015 um 21:30 Uhr

Die sieben Anrainer-Bundesländer haben sich auf neue Vorgaben bei der Salzreduzierung in Werra und Weser geeinigt. Der Chloridwert soll bis 2027 halbiert werden. Für die Weser bedeute dies, dass der von der EU geforderte „gute Zustand“ erreicht werde, hieß es. Offen bleibt nach der Einigung der Länder, zu denen auch NRW, Hessen und Niedersachsen gehören, ob die geplante Salz-Pipeline des Düngemittel- und Salzkonzerns K+S zur Oberweser mit den neuen Zielen vereinbar ist.

Reduzierung Schritt für Schritt

Um die Salzbelastung in Werra und Weser zu reduzieren, hat die Flussgebietsgemeinschaft Weser, in der neben NRW sechs weitere Bundesländer vertreten sind, einem Entwurf für einen gemeinsamen Bewirtschaftungsplan beschlossen. Der Plan sieht vor, bis 2027 in der Weser einen „guten Zustand“ zu erreichen. Dazu soll sowohl in der Werra als auch in der Weser die Salzbelastung Schritt für Schritt deutlich reduziert werden.

Um dies zu erreichen, sollen die bestehenden Abraumhalden des Bergbauunternehmens K+S (Sitz: Kassel) schnellstmöglich abgedeckt und die salzhaltigen Produktionsabwässer durch den Bau einer Spezialanlage zur Rohstoffrückgewinnung reduziert werden.

Der Bewirtschaftungsplan sieht vor, dass am Pegel Boffzen nahe Höxter bis 2021 ein Zielwert für Chlorid von 585 mg/l erreicht wird. Bis 2027 soll der Wert auf 300 mg/l gesenkt werden.

Grenzwerte überschritten?

Michael Wudonig vom Bergbauunternehmen K+S geht davon aus, dass die vom Unternehmen geplante Oberweser-Pipeline, die die Salzabwässer in die Weser oberhalb von Bad Karlshafen einleiten soll, nach wie vor gebaut werden kann.

Aus Verhandlungskreisen der Flussgebietsgemeinschaft hingegen war zu hören, dass mit dieser Pipeline die in dem Bewirtschaftungsplan jetzt festgelegten Grenzwerte für die Weser auf jeden Fall überschritten würden.

Abgelehnt wird die Oberweser-Pipeline auch von den SPD-Bundestagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe, Achim Post (Minden), Dirk Becker (Detmold), Stefan Schwartze (Herford) und Burkhard Blienert (Paderborn). Sie sprechen sich einstimmig für die Rohstoffrückgewinnungslage aus und freuen sich, dass diese technische Lösung im Bewirtschaftungsplan festgeschrieben ist. Ihrer Meinung nach ist nun K+S gefordert, die ökologischen Vorgaben der Länder und die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft umzusetzen.

Arbeitsplätze im Kali-Revier

„Wichtig ist dies auch wegen der Arbeitsplätze im Kali-Revier“, denn das Unternehmen wolle nach eigenen Angaben ja noch bis zum Jahr 2060 Kalisalze abbauen, schreiben die Abgeordneten. Der Flussgebietsgemeinschaft Weser gehören die Länder Bremen, Hessen, Thüringen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Bayern an.

URL: http://www.lz.de/owl/20407323_Trotz-Einigung-Streit-um-Salz-Pipeline-geht-weiter.html

Copyright © Lippische Landes-Zeitung 2015

Texte und Fotos von lz.de sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.